

- 6) Matsutani Miyoko: **Gakkô. Gendai minwa kô II.** Ritsufû sha, 1987; Tsunemitsu Tôru: **Gakkô no kaidan.** Kyôto: Minerva shobô, 1993. Siehe dazu L. Gebhardt: "Sommerliche Gruselschauer - Hohes Geisteraufkommen in Japan", in *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 169, 26. Juli 1995, S.14.

Lisette Gebhardt

**Joseph P. Keddell, Jr., The Politics of Defense in Japan. Managing Internal and External Pressures**

Armonk (N. Y.)/London 1993, Verlag M. E. Sharpe, 236 S.

Die Verteidigungspolitik der pazifischen Weltwirtschaftsmacht führt in der sozialwissenschaftlichen Japanforschung ein Schattendasein. Die intensive Diskussion um Militärpotential und Verteidigungsstrategie in Japan (Kyôgoku Junichi, Miyake Masaki, Maeda Tetsuo, Inoki Masamichi, Sakamoto Yoshikazu) findet jeweils in internationalen Diskussionen erst in Ansätzen Berücksichtigung - insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten. Ein differenziertes, realistisches Verständnis der japanischen Sicherheitspolitik erfordert jedenfalls eine Berücksichtigung sowohl des Wandels des internationalen Systems als auch der sich aus den innenpolitischen Machtstrukturen ergebenden Anforderungen an Reichweite und Konsensbedarf dieser Politik.

Dieser Herausforderung stellt sich der Autor der vorliegenden breit angelegten Untersuchung. Joseph Keddell ist den innenpolitischen Handlungsvoraussetzungen der japanischen Sicherheitspolitik in einem mehrjährigen Forschungsaufenthalt an der Universität Tokyo und an der Tohoku-Universität nachgegangen und legt hiermit seine Dissertation an der University of Wisconsin-Madison in überarbeiteter und erweiterter Fassung vor. Die japanische Sicherheitspolitik, so lautet seine Ausgangshypothese, wird wesentlich durch die Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten geprägt. Vor diesem Hintergrund erschöpft sie sich in der politischen Praxis in Manövern, die innenpolitische Konflikte vermeiden sollen und sich wenig an internationalen Sicherheitserfordernissen orientieren. Diese Erfordernisse und der eigene sicherheitspolitische Handlungsbedarf wurden stets aus der Sicht des Sicherheitsvertrages mit den Vereinigten Staaten wahrgenommen. Dieses Bündnis wirkte in der Vergangenheit, wie der Verfasser an zahlreichen Beispielen illustriert, als sicherheits- und außenpolitischer Wahrnehmungsfilter der politischen Führungsschicht. Das gilt auch für Gesetzesinitiativen der jüngsten Zeit wie etwa das Friedenssicherungs(PKO)-Gesetz des Jahres 1992.

Nicht durch konzeptionsorientiertes, sondern durch inkrementales Handeln gelang es der Regierung - so der zentrale Befund der vorliegenden Studie -, internationalen und innenpolitischen Druck abzufangen. Dieses mehr innen- als außenpolitisch bestimmte Konfliktmanagement wirkte sich in dreifacher Hinsicht auf die Substanz der japanischen Sicherheitspolitik aus: das Fehlen einer strategischen Doktrin, die Ausrichtung der gesamten Sicherheitspolitik an innenpolitischen Opportunitätsgesichtspunkten und das Streben nach innenpolitischer Konfliktminimierung durch ein inkrementales Vorgehen. Diese Konfliktminimierung bediente sich wiederum dreier Instrumente: erstens des Ausbaus und der Konsolidierung sicherheitspolitischer Handlungsschranken (Verbot des Waffen-

exports, 3 Anti-Nuklear-Prinzipien, Verteidigungspolitisches Rahmenprogramm, Begrenzung der Verteidigungsausgaben auf 1 Prozent des BSP und die fünf einschränkenden Grundsätze der Beteiligung der Selbstverteidigungsstreitkräfte an internationalen Maßnahmen der Friedenssicherung), zweitens des Instruments eng begrenzter Haushaltszuwächse des Verteidigungsetats und drittens des Transfers von Militärtechnologie an die Vereinigten Staaten.

Im Detail, auf der Grundlage einer systematischen Auswertung teilweise nur schwer zugänglichen Quellenmaterials, zeichnet der Verfasser diese einzelnen Handlungsschranken nach: ihre politische Verankerung in einem Klima politischer Polarisierung in den 60er und 70er Jahren, den höheren außenpolitischen Stellenwert und die wachsenden Anforderungen des amerikanischen Partners in den 80er Jahren und die wenn auch geringfügige Überschreitung der 1-Prozent-Schwelle. Im Unterschied zu Kent Calder, der in der Sicherheitspolitik ein Instrument zur Vermeidung innenpolitischer Konflikte sieht, betont Joseph P. Keddell die Kontinuität und das relativ hohe Konsensniveau dieser Politik. So konnte es der japanischen Regierung gelingen, amerikanische Forderungen nach einem umfassenderen "burden sharing" aufzufangen und einen relativ breiten innenpolitischen Konsens für ihre Politik zu sichern. Dies unterstreicht - so könnte man hinzufügen - auch der sicherheitspolitische Kursschwenk der Shakaitō nach ihrer Regierungsbeteiligung im Sommer 1994. So konnte die politische Klasse in jüngerer Zeit tiefgreifende außen- und sicherheitspolitische Debatten vermeiden und sich im Schatten der amerikanischen Sicherheitsgarantie auf Außenwirtschafts- und Technologiepolitik konzentrieren.

Es ist ein Verdienst dieser Untersuchung, die innenpolitischen Bestimmungsfaktoren und Handlungsschranken der Sicherheitspolitik klar herauszuarbeiten, etwa den verteidigungspolitischen Pragmatismus von Kōmeitō und DSP, während der spätere sicherheitspolitische Opportunismus der in Auflösung befindlichen Shakaitō wohl kaum vorherzusehen war. Interessant ist dabei vor allem der Nachweis, daß sich die LDP auch in Zeiten stabiler parlamentarischer Mehrheiten stets um eine Abstimmung ihrer Sicherheitspolitik mit den kleineren Oppositionsparteien im milderen Spektrum bemühte. Diese Konsensstrategie machte schließlich auch - durch Einbindung von Kōmeitō und DSP - die Verabschiedung des PKO-Gesetzes möglich. Der Verfasser rechnet wegen der breiten konsensualen Verankerung dieser Politik, des eigenen Interessenprofils der Weltwirtschaftsmacht und des umfassenden Interesses an der Erhaltung der amerikanischen Sicherheitsgarantie mit einer weiteren sicherheitspolitischen Kontinuität auch nach dem Ende des "Kalten Krieges".

Obwohl die Studie eindrucksvoll und gut fundiert ist, sind einige kritische Randbemerkungen angebracht. So wird die nur zeitlich eng begrenzte und im übrigen geringfügige Überschreitung des 1%-Richtwertes durch den Verteidigungshaushalt in den Jahren 1987-1989 in seiner politischen Reichweite überschätzt, wie auch die Haushaltsplanung der letzten Jahre unterstreicht (S. 149). Ein sicherheitspolitischer Kurswechsel fand jedenfalls nicht statt. Interessant wäre es auch gewesen zu erfahren, wie die Formulierung eines eigenständigen japanischen Strategiekonzepts, wie es etwa von Aichi, Sakamoto, Kamei und Ishihara gefordert worden ist, nach dem Ende des "Kalten Krieges" zustande kommen und welche Beiträge Japan künftig zum Aufbau regionaler Sicherheits-

netzwerke und zur internationalen Rüstungskontrollpolitik leisten könnte. Gleichwohl stellt die Studie Kedells ein Standardwerk zur japanischen Sicherheitspolitik dar, an dem die künftige politikwissenschaftliche Forschung zur internationalen Stellung Japans nicht vorbeigehen kann.

Paul Kevenhörster

### **Heribert Dieter: Australien und die APEC. Die Integration des fünften Kontinents in den asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum**

Hamburg: Institut für Asienkunde, 1994 (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde), 344 S.

Die vorliegende Arbeit thematisiert den langanhaltenden wirtschaftlichen Bedeutungsverlust Australiens im Kontext des prosperierenden asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraumes. Gefragt wird nach den Chancen und Risiken einer verstärkten Integration des fünften Kontinents in die "Asia-Pacific Economic Cooperation"-Gruppe (APEC). Unter Integration wird dabei die über eine Kooperation hinausgehende Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Gütern und Produktionsfaktoren verstanden. Ziel ist die Steigerung des Wettbewerbs und damit eine höhere Produktivität der Industrien, denen in der heutigen Weltwirtschaft eine weit größere Relevanz als der Ressourcenausstattung eines Landes zukommt. Der Autor verfolgt einen interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Ansatz, der den Wechselbezug von Wirtschaft und Politik in den Mittelpunkt der Analyse stellt.

Da das Pazifische Becken für den Prozeß der wirtschaftlichen Globalisierung von großer Bedeutung ist, werden eingangs die Strukturmerkmale dieser Region herausgearbeitet. Obwohl die Summe der Wirtschaftsleistungen der einzelnen Anrainerstaaten des Pazifiks beeindruckend ist, läßt sich die Region kaum mit den beiden anderen Zentren der Weltwirtschaft vergleichen. Während in Europa und Nordamerika in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht weitgehend homogene Räume vorliegen, handelt es sich im Pazifik um grundverschiedene Länder in sehr stark voneinander abweichenden Stadien der Entwicklung. Den leistungsfähigen, dynamischen Staaten stehen Länder wie Neuseeland und Australien mit andauernden Wachstumsproblemen gegenüber. Zudem gilt es zu berücksichtigen, daß es im Vergleich zu den beiden wichtigsten Volkswirtschaften der APEC-Gruppe, den USA und Japan, keine Staaten mit gleichartiger ökonomischer Leistungsfähigkeit gibt. Dies erhöht die Gefahr der Machtasymmetrie und Übervorteilung der schwächeren Staaten.

Als weiteres Problemfeld werden zwei völlig verschiedenartige Staats- und Wirtschaftssysteme konstatiert. Einerseits die angelsächsisch geprägten Staaten USA, Kanada, Australien und Neuseeland, die als mehr oder weniger freie Marktwirtschaften und Demokratien die weitgehende Entfaltungsmöglichkeit der Individuen in der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen. Andererseits die kapitalistischen Entwicklungsstaaten Asiens, die weder uneingeschränkt als freie Marktwirtschaften noch als demokratische Gesellschaften zu bezeichnen sind, die zudem statt der individuellen Bedürfnisbefriedigung nationale Interessen präferieren.